



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5 KOLN-BAYENTHAL, den 4. Februar 1963
Bayenthalgürtel 15
Telefon: 3814 41

P
Ma li

Ref.: P.B. Nr. 3/63
HA/sch

Herrn Bundesrat F.T. W a h l e n
Chef des Eidgenössischen
Politischen Departements

B e r n

Auswirkungen des
französisch-deutschen Vertrages

Herr Bundesrat,

Von einem Sektionschef im Auswärtigen Amt (X.) so-
wie vom Europa-Unterabteilungsleiter im Bundespresseamt (Y.)
erhielt Dr. Hartmann folgende Informationen:

1) Beziehungen Bonn-Washington

Gemäss X. sank im Weissen Haus das Stimmungsbarometer gegenüber der Bundesrepublik nach dem Abschluss des französisch-deutschen Vertrages auf den Nullpunkt. Adenauer hatte von Paris aus noch versucht, Kennedy in einem Schreiben seine Haltung darzulegen, jedoch mit negativem Erfolg. Der US-Präsident hat dem Ueberbringer des Briefes, Botschafter Knappstein, gegenüber in kaum verhüllter Offenheit sein Missfallen über den für ihn unbegreiflichen Schritt der Bundesrepublik zur Unterstützung der de Gaulle'schen Extravaganz kundgetan. Kennedy erklärte u.a., ob man denn in Bonn vergessen habe, dass 400'000 US-Soldaten zur Verteidigung Deutschlands bereitstünden, währenddem de Gaulle kaum zwei Divisionen für diesen Zweck einsetzen könne; Deutschland zuliebe habe man in Washington auf die Konstitution des französischerseits gewünschten Dreierkomitees in der NATO verzichtet, Deutschland zuliebe habe man die Idee der multinationalen Atomstreitmacht entwickelt usw.

./.



4 wagner

- 2 -

Als Antwort darauf habe sich nun die Bundesrepublik der de Gaulle'schen Politik verschrieben. In diesem Jargon habe sich gemäss Telegramm der Botschaft in Washington der erzürnte US-Präsident vernehmen lassen. Die Rückwirkung in Bonn blieb nicht aus. Vor allem Schröder und seine Anhänger haben sich anschliessend noch in vermehrtem Mass zum Ziel gesetzt, den negativen Effekt des Sonderbundes auf Washington nach Tunlichkeit zu mildern. Aber auch für den Kanzler wurde die Situation unangenehm. Sowohl die heftige Reaktion Kennedys als auch die einseitige Ablehnung der de Gaulle'schen Haltung durch die vier anderen EWG-Länder haben ihn dazu bewogen, sich in letzter Stunde noch dazu zu verwenden, de Gaulle von einem abrupten Abbruch der Verhandlungen in Brüssel abzuhalten. Ein direktes Telefongespräch mit dem französischen Staatspräsidenten vom Montag, 28. Januar, sei indessen erfolglos geblieben.

Neuerdings hat sich nunmehr Robert Kennedy in weniger harten Worten geäussert, woraus der Leiter im Auswärtigen Amt die Hoffnung schöpft, dass der Tiefpunkt überschritten sei. Für X. besteht jedoch kein Zweifel daran, dass sich Adenauer durch sein enges Zusammengehen mit Frankreich in USA unbeliebt gemacht hat und dass es künftig nicht leicht sein wird, den Schaden einigermaßen zu beheben. Staatssekretär Carstens wurde nunmehr beauftragt, nach Washington zu reisen, um das Seinige zur Besserung des Klimas zu tun.

Verschiedene innenpolitisch wichtige US-Parlamentarier haben ihre Stimme gegen den Vertrag und insbesondere auch die Rolle Deutschlands erhoben, so Mansfield, der den von de Gaulle hochgespielten Aussöhnungsakt für völlig überflüssig hält. Damit werde nur der Grand Design der Amerikaner gestört. Man sei sich in Bonn bewusst, dass derartige Stimmen amerikanischer Senatoren nicht zur Besserung der Situation beitragen.

./.

2) Beziehungen Bonn-Paris

X., der für die Mehrheit der Beamten im Auswärtigen Amt zu sprechen glaubt, hält seinerseits die ganze Versöhnungssymbolik samt dem Staatsvertrag für einen "coup de théâtre", womit de Gaulle eine geeignete Atmosphäre zur Verwirklichung seiner hegemonialen Ansprüche zu schaffen versuchte. Adenauer, sonst ein kühler, wendiger Kalkulator, sei gefühlsmässig hoffnungslos auf die Aussöhnungsidee versessen, weshalb er sich in Paris in den wesentlichen Vertragspunkten de Gaulle ohne weiteres angeschlossen habe. Die deutsche Delegation sei fast ohne Vertragstexte nach Paris gereist. Die meisten Texte seien sodann im Galopptempo nach französischen Direktiven "sur place" erstellt worden. In gewissen Fällen, wo deutscherseits Texte ausgearbeitet worden waren, die mit den französischen nicht übereinstimmten, habe der Kanzler angeordnet, man solle "zur Vereinfachung der Dinge" lediglich den französischen Text übersetzen. Dieses Vorgehen veranschaulichte gemäss X., wie sehr es dem deutschen Partner an der Äusserung einer eigenen Willensrichtung fehlte.

Immerhin zeigte es sich auch in Paris, dass Schröder im Rahmen des Möglichen darauf hinwirkte, nicht allzu sehr den Eindruck eines Sonderbundes mit französischem Übergewicht aufkommen zu lassen. Er sei in der Tat darüber ungehalten, dass de Gaulle kurz vor dem Abschluss des Konsultationsvertrages den entscheidenden Schritt gegen England unternommen habe, ohne Bonn zu begrüssen. (X. räumt allerdings ein, dass Adenauer persönlich möglicherweise im Bild gewesen ist). Um zu verdeutlichen, dass die Konsultationsbestimmung nicht als Verpflichtung zur nachträglichen Orientierung der Bundesrepublik zu verstehen sei, liess Schröder bereits in Paris dagegen protestieren, dass Präsident de Gaulle ohne Rückfrage in Bonn dem dänischen Ministerpräsidenten die Aufnahme Dänemarks in die EWG angeboten habe. Zur Schonung de Gaulles wurde dieser Schritt im Quai d'Orsay allerdings

- 4 -

geheimgehalten. Es darf aber als gutes Omen gewertet werden, dass sich Schröder diese erste Verletzung des französisch-deutschen Vertrages nicht gefallen liess.

3) de Gaulles Zielsetzung

Y., der am Pariser Besuch teilnahm, schreibt dem General folgende allgemeinen Ueberlegungen hinsichtlich der Zukunft Europas zu:

Da der Sowjetblock selbst in grossen Schwierigkeiten sei, habe er ein Interesse daran, den Status quo in Europa einfrieren zu lassen. Die amerikanische Planung, die zwar auf einen bilateralen Ausgleich mit Moskau hinarbeite, mache vor allem den Fehler, dass sie nicht einen stabilen Status anstrebe, sondern durch die Reaktivierung der Wiedervereinigungsfrage gewissermassen einen offenen Status schaffe. Die Sowjets seien auf diese Weise gezwungen, das Gros ihrer Streitkräfte an der europäischen Front bereitzuhalten, worin ein ständiger Gefahrenherd gesehen werden müsse, zumal der atomare Schutz für das westliche europäische Vorfeld amerikanischerseits nicht mehr hundertprozentig garantiert werde. Statt dessen wolle de Gaulle

- a) eine eigene, aber nur französische Atomstreitkraft aufbauen, mit der er alle Gelüste auf kleine Konventionalangriffe aus dem Osten unterbinden möchte
- b) den Sowjets gewisse Garantien geben, die es ihnen ermöglichen, ihre militärischen Kräfte anderweitig zu disponieren.

Es sei durchaus möglich, dass der französische Staatsmann bereit ist, in dieser Hinsicht weit zu gehen, also z.B. die Oder-Neisse-Linie, die Neutralisierung der DDR^{*)} usw. akzeptieren würde. Voraussetzung für diesen modifizierten Rapacki-Plan wäre jedoch, dass eine demilitarisierte europäische Zwischenzone mit Einschluss Polens und der Tschechoslowakei geschaffen würde und vor allem die US-Truppen
dass

*) und eventuell ganz Deutschlands

- 5 -

vom europäischen Kontinent zurückgezogen würden. Auf der westlichen Seite stünde in dieser neuen Konstellation ein Westeuropa unter französischer Führung, dem Grossbritannien nicht angeschlossen wäre. Hierbei handle es sich, wie Y. betont, allerdings um noch weit im Bereich der Spekulation liegende Gedankengänge, jedoch auch um solche, die der französische Präsident im Gespräch mit Vertrauten schon wiederholt angedeutet habe. Tatsache sei indessen, dass de Gaulle im Begriff sei, ein Gespräch mit Moskau anzubahnen, und man sollte nicht erstaunt sein, wenn sehr bald ein Besuch des französischen Präsidenten in der UdSSR zustande käme. Der kürzliche Besuch Winogradows bei de Gaulle habe übrigens bereits solche Pläne zum Gegenstand gehabt.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner vorzüglichen Hochachtung.

A handwritten signature in black ink, consisting of several vertical, wavy lines that resemble a stylized 'W' or a series of connected 'M' shapes, followed by a period.